



WILLKOMMEN IN DER MOSELSTRAÙE

BRIEF 22

50674  JUNI 2019

O

70 Jahre Grundgesetz. Das ist ein sehr guter Grund für unser Land zu feiern.

Leider wird dieses Grundgesetz in den Teilen, in denen es um den Schutz von Menschen vor Verfolgung geht, immer einseitiger zu Lasten der Verfolgten eingeschränkt.

Zuletzt durch den Bundestag am 7.6.2019.

Sven Hüber aus dem Hauptpersonalrat der Polizei hat verfassungsrechtliche Bedenken zu dem neuen Gesetz:

- i) Bundespolizei ist nicht die Abschiebepolizei. Das ist Sache der Länder, der Ausländerbehörden und der Landespolizei
- ii) Es muss zuerst geklärt sein, dass eine Person tatsächlich ein schwerer Straftäter ist. Und diese Entscheidung trifft nicht die Ausländerbehörde und auch nicht der ermittelnde Staatsanwalt, sondern das Gericht. Der Rechtsstaat ist manchmal mühselig, ...aber das ist ein tragender Wert in diesem Land. Und den wollen wir auch hier durchgesetzt wissen.
- iii) JVA's sind keine Orte für Abschiebegewahrsam. Abgeschoben zu werden ist keine Straftat. Die Vorstellung, dass da Familien in Zellen sitzen und nebenan Straftäter sind, ist ... nicht mit der Menschenwürde vereinbar.

Es wird überdeutlich, dass die Verfasser des Gesetzentwurfs einen Wegekel-Effekt bezwecken. Wir sehen Kürzungen am Existenzminimum aber kritisch, zumal in einem Land, das dem Sozialstaatsgebot unterliegt.

(Alle Zitate aus der TAZ)

I

Die Bundesregierung reagiert zügig, wenn es um die Wahrung der Interessen deutscher Firmen z.B. in Afrika geht.

Sie engagiert sich aber nicht annähernd so, wenn es um die Verantwortung für die Folgen der Investitionen der Firmen geht.

Z.B. Verschmutzung von Wasser und Landwirtschaftsflächen, Leerfischen der Fischgründe usw..

Werden den Menschen auf Grund von Konzernverhalten die Lebensgrundlagen entzogen und machen sie sich auf den Weg zu uns, zeigen aktuell z.B. Herr Seehofer und seine Anhänger größte Hartleibigkeit gegen das Leid dieser Menschen.

Dabei sehen sich Seehofer & Co als Teil der christlich geprägten abendländischen Kultur und führen das „Christlich“ im Namen der Partei, für die sie in die Ämter gekommen sind.

Der christliche Gott ist die vollkommene Barmherzigkeit und hat uns Menschen die Fähigkeit und Aufgabe barmherzig zu sein geschenkt. Ist es christlich, Kinder an Grenzen von ihren Eltern zu trennen, nicht zu verhindern, dass Menschen auf der Suche nach Schutz im Mittelmeer ertrinken?

Übernehmen wir als Gesellschaft so Verantwortung für die Zukunft und erfüllen die UN-Menschenrechtskonvention?

Das Grundgesetz ist ein Ergebnis davon, dass zu wenige Menschen Achtung vor der Würde und dem Leben der Mitmenschen gezeigt haben.

Als nachkommende Generationen sind wir aufgefordert, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die grundlegenden Bedürfnisse des Menschen nach Schutz, Verbindlichkeit und Solidarität gelebt werden können.

Sophie Scholl formulierte in Anlehnung an den französischen Philosophen J. Maritain notwendige Haltungen im menschlichen Miteinander:

„WIR BRAUCHEN EINEN UNBEUGSAMEN GEIST UND EIN FÜHLENDES HERZ.“

II

Nach wie vor suchen viele Madonesen ein eigenes Zuhause. Sollte das Hotel Mado Ende 2019 als Unterkunft für Geflüchtete geschlossen werden, droht zahlreichen Bewohnern die Unterbringung in einer städtischen Sammelunterkunft.

Seit 2016 erhobene Forderungen von „Wohnen-Wagen“, z.B: statt Verkauf nur noch Abgabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht, Erneuerung des Gemeinnützigkeitsgesetz für Wohnungsbaugenossenschaften, ein deutlich höherer Anteil an Wohnungsneubauten für Alle, Mietpreisbremse, Milieuschutzsatzungen usw. werden aktuell verstärkt in der Gesellschaft diskutiert.

In dem **Film „Push“** wird dokumentiert, dass der weltweite Handel mit Wohnraum mittlerweile ein Vielfaches des Bruttosozialproduktes aller Staaten der Erde ausmacht.

Der Handel mit Boden & Wohnraum ist zu einem riesigen Geschäft geworden. Dabei wird völlig unterschlagen, dass Wohnraum keine Ware sondern ein elementares Bedürfnis ist und es ein Menschenrecht auf Wohnen gibt.

Abgabe von städtischen Grundstücken nur noch in Erbpacht fordert jetzt auch der Kölner Baudezernent.

Setzt sich allerdings der aktuelle Trend im Kölner Wohnungsbau fort, wird auch Köln zu einer Stadt nur noch für die Wohlhabenden werden.

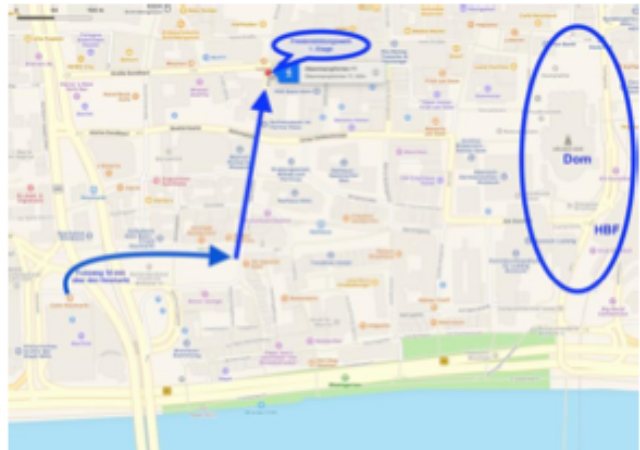
Das zu verhindern fordert den Einsatz vieler vernünftigen Menschen.

Vom 13. bis 15.6. findet in Köln der Mietertag statt. Aus diesem Anlass gibt es verschiedene Aktionen, z.B.:

EINLADUNG an MietertagTeilnehmer und Presse

Mietertag trifft Bewegung

Vom 13. bis 15. Juni findet in Köln der Deutsche Mietertag statt. So heißt die alle zwei Jahre durchgeführte Mitgliederversammlung des Deutschen Mieterbundes (DMB). Hunderte Delegierte aus den lokalen Mietervereinen werden dort annähernd hundert Anträge zu politischen Forderungen und organisatorischen Maßnahmen beraten und beschließen. Am 14. Juni wird die Bundeskanzlerin erwartet.



Diesen Mietertag nehmen wir zum Anlass für eine Veranstaltung, die kritisch nachfragt: Reichen die Forderungen, die der Deutsche Mieterbund diskutiert? Reicht die Beratungspraxis aus, die seine Mitgliedsorganisationen leisten? Mit welcher Strategie können wir das Wohnen für alle wieder bezahlbar machen?

Gespräch aus Anlass des Deutschen Mietertages in Köln

wann? Donnerstag, 13. Juni 2019 – 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr

wo? Friedensbildungswerk Köln, Obenmarspforten 7-11, 50667 (Fußweg vom Maritim: 10 min)

wer?

- Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes
- Kalle Gerigk, Recht auf Stadt Köln
- Karlheinz Paskuda, Plattform kritischer Immobilienaktionär*innen
- Knut Unger, Mieter*innenverein Witten

diskutieren mit Aktivist*innen aus Mieterbewegungen

Moderation: Angela Bankert, Geschäftsführerin Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Köln

was?

Mietenstopp

Diskutieren wollen wir insbesondere die Forderungen nach einem sofortigen Mietenstopp, nach einer Enteignung und Vergesellschaftung großer Immobilieneigentümer,

Enteignung

nach strikteren Regeln für private Vermieter und

Mieter*innenrechte

nach einer gesellschaftlichen Kontrolle über den Grund und Boden.

Bodenspekulation

Mieter*innen-

Organisierung

Es soll aber auch darum gehen, wie sich die Mieter*innen für die Ziele und ihre Interessen wirksam organisieren können.

Bewegung trifft Mietertag

Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn

[Recht auf Stadt Köln](#), [WOHNEN WAGEN!](#) und die [Plattform kritischer Immobilienaktionär*innen](#)

viSDP.: Werner Eggert, Weidenpescher Straße 34, 50735 Köln

III

Unsere Initiative bekommt einen neuen Flyer:



IV

Mehrere Bewohner aus dem Hotel Mado benötigen dringend finanzielle Unterstützung, einmal wegen der akuten medizinischen Versorgung einer Tochter, zum anderen wegen der juristischen Bearbeitung ihres Aufenthalts.
Daher die dringende, sehr herzliche Bitte:

wir sind auf **Spenden** angewiesen.

Auf Wunsch können Spendenbescheinigungen ausgestellt werden:

Konto: Ev. Gemeinde Köln
IBAN: DE49 3705 0198 0007 7020 12
Verwendungszweck: Flüchtlingsarbeit Moselstraße

„Wenn die Kämpfer müde werden, entscheidet sich die Schlacht“ (Berthold Brecht)

WOLFGANG PILGRIM